
N i e d e r s c h r i f t

über die **öffentliche** Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 28. Juni 2010**, im Landratsamt Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz, Großer Sitzungssaal.

Beginn: 16:15 Uhr

Ende: 16:55 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
1.	Bericht des Sozialamtes zur Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach §§ 53 ff SGB XII - 2009	2010/075
2.	Bericht zur Entwicklung und Situation der Zentralen Schuldnerberatungsstelle (ZSB) im Landkreis Konstanz	2010/078
3.	Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche	

Anwesend:

Hämmerle, Frank, Vorsitzender

Stimmberechtigte Mitglieder

Beyer-Köhler, Günter (als Vertreter für die entschuldigte **Hofer**, Sigrid, Dr.)

Brennenstuhl, Heinz

Demmler, Kurt (als Vertreter für den entschuldigten **Boldt**, Claus)

Engelmann, Klaus (als Vertreter für die entschuldigte **Happle-Lung**, Ines)

Fezer, Isabel

Friedrich, Peter, MdB

Goten, van der, Michael, Dr.

Hahn, Max, Dr.

Herberger, Veronika

Hettesheimer, Klaus

Hoffmann, Andreas, MdL

Kammerer, Barbara

Keck, Jürgen

Kessler, Peter

Kreitmeier, Christiane, Dr. (als Vertreterin für die entschuldigte **Özdemir**, Zekine)

Netzhammer, Veronika, MdL

Wolf, Peter (als Vertreter für die entschuldigte **Sargk**, Susanne)

Beratende Mitglieder

Ehret, Matthias

Gerspacher, Rudolf

Grams, Christian

Neidig, Werner

Entschuldigte

Boldt, Claus

Happle-Lung, Ines

Hofer, Sigrid, Dr.

Moser, Franz (und Vertreter)

Özdemir, Zekine

Sargk, Susanne

Von der Verwaltung nehmen teil:

Restle, Berthold

Goßner, Axel

Schönbucher, Cornelia

Mende, Susanne

Weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung

Roth, Manfred (Protokoll)

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und nimmt bezüglich der Formalien Bezug auf die soeben zu Ende gegangene nicht öffentliche Sitzung. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

1. Bericht des Sozialamtes zur Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach §§ 53 ff SGB XII - 2009

Kreisrat **Dr. Hahn** äußert folgende Anmerkungen/Fragen:

- Es sollten nicht nur die Namen der Schulen außerhalb des Landkreises genannt werden, sondern auch deren Schultyp bzw. schulisches Angebot/Schwerpunkte
- Die Zahlen auf Seite 10 des Berichts sind unklar (Personen mit seelisch und geistig/körperlicher Behinderung)
- Auf Seite 13 (Ziff. 5.3.3) ist zu ergänzen, dass es sich nur um die Personen handelt, die Eingliederungshilfe beziehen – die tatsächliche Zahl ist höher, weil nicht alle diese Hilfe erhalten
- Die Fälle in der Hilfebedarfsgruppe V (HBG V) haben abgenommen – warum? Wurden Personen aus finanziellen Gründen nur noch der HBG IV zugeordnet?
- Was bedeutet es, wenn Pflegestützpunkte „bedarfsgerecht arbeiten“?
- Auf den Seiten 21/22 (Neuzugänge/Abgänge) ist kein Vergleich möglich - wo sind die abgängigen Personen verblieben?
- Auf Seite 24 fehlen die Vergleichszahlen
- Auf Seite 26 (Landesvergleich) stellt sich die Frage, ob der Landkreis nur sparsam oder aber „geizig“ gewesen ist.

Im Übrigen sei die Rede von einem „großen Fachpflegeheim in Planung“. Worum handle es sich dabei? Es gebe schon heute Überkapazitäten, daher dürfe der Landkreis keine weiteren Zuschüsse mehr für die Bau neuer Heime leisten.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass der Landkreis keine Zuschüsse gebe; wer bauen wolle, könne das tun, aber ohne Zuschuss des Landkreises. Bei den Pflegestützpunkten bedeute der Begriff „bedarfsgerechtes Arbeiten“, dass eine neutrale Beratung stattfinden müsse, damit die Betroffenen wählen können.

Kreisrat **Hoffmann** (MdL) stellt fest, dass man nun die „Früchte“ des Eingliederungshilfeplans ernte. Der Landkreis Konstanz habe als einer der ersten Landkreise überhaupt einen solchen Plan erstellt, andere Landkreise haben zwischenzeitlich nachgezogen. Wer dies nicht getan habe, stehe jetzt schlechter da und um die anderen zu motivieren, sollte der bestehende Ausgleichsmechanismus gestrichen werden.

Die Diskussion am 21.06.2010 im Kreistag zum Thema „Inklusion“ sei nicht gut gelaufen. Zu beachten sei, dass die Schulträger dadurch in Einzelfällen wohl etwas mehr Mittel aufwenden müssten, aber insgesamt gesehen entlaste dies den Eingliederungshilfeetat des Landkreises, sodass sich die Kreisumlage entsprechend reduziere. Auf den Seiten 21/22 könne man die Zahl der Betroffenen entnehmen.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass es immer gut sei, wenn man selbst zuständig sei, denn dann sei auch die Motivation am größten, sparsam zu wirtschaften. Aus diesem Grund habe sich der Landkreistag gegen die Beibehaltung von Ausgleichszahlungen ausgesprochen.

Kreisrätin **Kammerer** teilt mit, dass sie die zunehmende integrative Betreuung im Kindergarten/Beschulung sehr begrüße (Seite 8). Bei der Frühförderstelle (Seite 9) sei die

Zahl von 106 auf 160 Kinder gestiegen – woran liege das? Könnte es sein, dass Beeinträchtigungen schon im Kindergarten verstärkt gemeldet werden und dass der starke Anstieg auch darauf zurückgeführt werden könne?

Frau **Schönbucher** teilt mit, dass sowohl die Eltern als auch die Kindergärten sensibilisiert seien. Insofern sei der starke Anstieg auch damit zumindest teilweise zu erklären.

Herr **Neidig** bedankt sich für den Bericht. Den Bereich der Tagesstruktur (Ziff. 5.4.3/Seite 16) müsse man besonders herausheben. Es gebe zwei Tagesstätten, die fünf Tage in der Woche offen seien, dies sollte man separat erwähnen und die Entwicklungen aufzeigen.

Beschluss:

Entfällt, die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

2. Bericht zur Entwicklung und Situation der Zentralen Schuldnerberatungsstelle (ZSB) im Landkreis Konstanz

Kreisrat **Friedrich** (MdB) bemängelt die lange Wartezeit (6 Monate) und die hohe Zahl von Fällen. Er bezweifle, dass die Mittel ausreichen, um eine zeitnahe und bedarfsgerechte Beratung sicherstellen zu können. Der Landkreis zahle pauschal 750 €/Fall bis zu einer Obergrenze von 288.000 €. Wenn er alle Fälle einschließlich der Personen auf der Warteliste mit der Fallpauschale multipliziere, komme er auf einen Betrag von über 500.000 €. Wenn man das ohne die Warteliste hochrechne, müssten 350.000 € aufgewendet werden.

Der Vorsitzende antwortet, dass man die Verhandlungen vor einigen Jahren geführt habe. Man sei überein gekommen, dass man nicht für die Dienstleistung, sondern pro Fall eine Pauschale überweise. Diese Pauschale beinhalte alle Leistungen von A – Z. Darüber hinaus habe man eine Obergrenze vereinbart.

Kreisrat **Kessler** regt namens der Fraktion der FWV an, das ehrenamtliche Engagement auch in diesem Bereich zu stärken (so könnten z. B. pensionierte Bankberater helfen und Unterlagen vorsortieren/Belege sichten).

Kreisrat **Keck** erkundigt sich nach den Gründen für die stark schwankende Zahl von Fällen in den einzelnen Jahren und der hohen Zahl von Insolvenzen trotz der Beratung.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass das nicht an der Beratung liege, sondern dass in vielen Fällen nur der vom Gesetzgeber vorgegebene Weg beschritten werden könne. Damit habe jeder die Chance, nach einem gewissen Zeitraum und unter Einhaltung bestimmter Vorgaben nochmals neu anzufangen.

Kreisrat **Friedrich** (MdB) ergänzt, dass die starken Schwankungen damit zusammenhängen, dass das Privatinsolvenzrecht in zwei Novellen geändert worden sei.

Herr **Grams** teilt mit, dass es im Rahmen eines ehrenamtlichen Engagements auch Kontakte zu den Sparkassen gebe. Die Wartezeit von sechs Monaten liege daran, dass die Zahl der Beratungen stark angestiegen sei, wobei in Notfällen auch außerhalb der Reihe Termine vereinbart werden könnten. Man müsse auch berücksichtigen, dass die Fälle immer komplizierter und die Beratungen daher immer zeitaufwendiger werden.

Beschluss:

Entfällt, die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

3. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

Entfällt, keine Wortmeldungen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 16:55 Uhr.

Der Vorsitzende:

Frank Hämmerle

Für den Ausschuss:

Dr. Michael van der Goten

Dr. Christiane Kreitmeier

Für das Protokoll:

Manfred Roth